



Ulrich Bausch | Susanne Büttner | Susanne Edel | Winfried Hermann | Philipp Marquardt |
Hermann Merkle | Thomas Nielebock

Stimmt es, dass...?

1. Auflage Mai 2025

Mehr über die Initiative *Aufbruch zum Frieden* und welche Veranstaltungen sie durchführt unter:
aufbruch-zum-frieden.de

Stimmt es, dass...?

Mit dieser Leitfrage laden wir, die Initiative *Aufbruch zum Frieden* dazu ein, einige gängige und in der öffentlichen Debatte kaum hinterfragte Aussagen über Russlands Krieg gegen die Ukraine, über Wladimir Putins Motive und Absichten und über die Rolle der NATO kritisch zu prüfen. Dabei ist unbestritten, dass die russische Invasion in die Ukraine 2022 einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg darstellt. Wir wissen, dass in Kriegszeiten das Schwarz-Weiß-Denken und das Wachsen von Feindbildern extrem zunimmt, was angesichts des Leids auch dieses Krieges verständlich ist. Dennoch meinen wir, dass Hysterie und Alarmismus weder der politischen Debattenkultur in Deutschland noch der Suche nach einer Beendigung dieses Krieges förderlich sind, sondern uns in eine Richtung treiben, die das Schlimmste befürchten lässt.

Die folgenden Texte greifen einige der verbreiteten Behauptungen auf – so z.B., dass ein Angriff auf die NATO bevorstehe oder dass allein Russland für das Scheitern der Rüstungskontrolle in Europa verantwortlich zu machen sei. Die aktuellen Forderungen nach Kriegstüchtigkeit statt diplomatischen Bemühungen zur Kriegsvermeidung halten wir für kontraproduktiv und krisenverschärfend. Im besten Falle erreichen wir einen höchst brüchigen und labilen Zustand von hochmilitarisierter gegenseitiger Abschreckung, der Billionen bindet, die an anderer Stelle dringend benötigt würden.

Die Erwartung an die politischen Verantwortlichen ist, differenzierte Wirklichkeit und die eigenen Versäumnisse zur Kenntnis zu nehmen. Dahinter steht die Hoffnung, dass ein Strategiewechsel hin zu Diplomatie, Rüstungskontrolle und ernsthaften Verhandlungen über gemeinsame Sicherheit möglich wird. Denn dauerhafter Frieden in Europa lässt sich nicht gegeneinander, sondern nur miteinander erreichen. Und gerade die Geschichte Europas seit Mitte der 1970er Jahre zeigt, dass dies möglich ist – durch die beiden Weltkriege zeigt sie aber auch auf, was es heißt, wenn Europa mit sich selbst im Krieg liegt.

Inhalt:

Stimmt es, dass...

...Putin uns bald angreifen wird?

...Putin die Sowjetunion wiederherstellen will?

...Putin nicht verhandeln will und nur die Sprache der Gewalt versteht?

...ausschließlich Russland die regelbasierte Ordnung zerstört?

...Russland alle Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge gebrochen hat?

...nur russische Propaganda auf die Meinungsbildung in Deutschland Einfluss nimmt?

...es nie ein Versprechen gab, die NATO nicht nach Osten zu erweitern?

...nur Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und Abschreckung den Frieden sichern kann?

...Deutschland und Europa "wiederbewaffnet" werden müssen, da die USA uns nicht schützen werden?

... man ohne militärische Verteidigung wehrlos ist?

...Putin uns bald angreifen wird?

Frage an Carsten Breuer, den Generalinspekteur der Bundeswehr: *„Sie haben an der Führungsakademie der Bundeswehr gesagt, die Soldaten sollten sich das Jahr 2029 im Kalender markieren, dann könnte sich Russland auch gegen NATO-Staaten wenden“.* Antwort Carsten Breuer: *„So ist es...Wenn wir alle Informationen zusammennehmen, ist in den nächsten fünf bis acht Jahren ein Angriff auf NATO-Gebiet möglich.“* Frage: *„Ist es wirklich so ernst?“* Antwort Carsten Breuer:

„...Wenn Sie das zusammennehmen, dann werden in Russland jedes Jahr nun zwischen 1000 und 1500 Panzer vom Band rollen. Wenn sie die fünf größten NATO-Armeen in Europa nehmen, dann haben sie dort im Bestand gerade einmal die Hälfte dessen, was Russland nun pro Jahr an Panzern aufbringt...“¹

Und die damalige Außenministerin Baerbock stellt in der ARD/ZDF-Schlussrunde kurz vor der Bundestagswahl im Februar 2025 dar, dass Russland nach der Ukraine Polen und dann Brandenburg bzw. Deutschland ins Visier nehmen könnte.²

Diese Einschätzungen werden immer wieder in Presseberichten und Talkshows unhinterfragt wiederholt – und so besteht die Gefahr, dass diese Erzählungen zur geglaubten ‚Wahrheit‘ werden. Tatsache ist: Russland führt einen völkerrechtswidrigen Krieg, hat es aber nicht geschafft, bis nach Kiew vorzudringen, die Ukrainische Armee zu besiegen und das ganze Land zu besetzen. Russland kann die – im Vergleich zu Russland – deutlich kleinere Ukraine nicht in die Knie zwingen. Nach diesem – aus russischer Sicht - militärischen Misserfolg, ist es wenig plausibel und nicht realistisch, dass Russland annehmen könnte, gegen die NATO auch nur den Hauch einer Chance zu haben. Zumal die europäischen NATO-Staaten deutlich mehr militärische Stärke als die Ukraine haben und die NATO insgesamt gegenüber Russland militärisch weit überlegen ist. Russland hat für weitere Kriege keine ausreichenden militärischen Kapazitäten, da diese zu 80% an der Ukraine-Front gebunden sind und dort nicht abgezogen werden könnten, da dann im Konfliktfall Russland vom Südwesten her ohne Verteidigung wäre. Russland wird in den nächsten Jahren auch nicht in der Lage sein, durch Aufrüstung ernsthaft gefährliche Angriffskapazitäten zu

entwickeln. Tatsächlich hat Russland seine Flotte an modernen Panzern inzwischen verloren; etwa die Hälfte der Kampfpanzer (ca. 10.000) und der gepanzerten Fahrzeuge (ca. 19.000) sowie rund 21.000 Artilleriesysteme und 300 Flugzeuge und Helikopter seien zerstört worden.³ Nach Angaben des Generalstabes der Ukraine gelang es im letzten Jahr, täglich im Schnitt 32 gepanzerte Fahrzeuge der Russen zu zerstören. Daher greife, so der Thinktank Institut für the Study of War, Russland auf alte Sowjetbestände zurück, da die aktuelle Produktion unerschwinglich werde. Allerdings sei auch das Ausschlichten verrotteter Panzer zum Erliegen gekommen, so das Magazin Foreign Policy. Es fehle an Drehwalzen, an Kugellagern – es fehle an allem.⁴ Die hohen Verluste der Russen gründen darin, dass sie ihre gepanzerten Fahrzeuge weiter zurückhielten, um sie nicht den ukrainischen Panzerabwehrsystemen auszuliefern. So ein Sprecher der ukrainischen Armee. Die russischen Verluste werden von der NATO auf 600.000 – 900.000 Mann geschätzt, darunter etwa 170.000 Tote. Anfang des Jahres 2025 starben über 1000 Russen täglich.⁵

Das russische BIP ist deutlich kleiner als das deutsche und in etwa so groß wie italienische oder das brasilianische. Die Wirtschaftskraft ist also begrenzt und der Rubel verfällt laufend. Daher werden Importe sehr teuer, bei gleichzeitig sinkenden Rohstoffpreisen. Putin kann diesen Krieg und die Kriegswirtschaft nicht mehr lange durchhalten, ohne inländische soziale und ökonomische Konflikte zu riskieren. Schon aus Gründen des Machterhalts (das viele als Hauptmotiv des Krieges sehen) muss Putin das Risiko begrenzen, verhandeln und den Konflikt zumindest einfrieren.

Gefährlich ist die Rede von einem russischen Angriff aber dennoch, denn sie schürt die Kriegserwartung in den NATO-Staaten und umgekehrt sicher auch in Russland – dort noch verstärkt durch die massiven Aufrüstungsprogramme aller europäischer NATO-Staaten (siehe Kapitel „Wiederbewaffnung“). Es droht die Verwirklichung einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung, da man in Kategorien der Kriegstüchtigkeit und nicht der Kriegsvermeidung durch Diplomatie denkt. Zudem provozieren solche Reden das Nachdenken über Präventivschläge – nach dem Motto: dann lieber jetzt, bevor der Feind richtig aufgerüstet hat. Kriegslogisch ist dies vielleicht folgerichtig – für den Frieden in Europa aber das Ende.

1 Interview in der Süddeutschen Zeitung, 08. Juli 2024, Nr. 155; auch zu finden auf ntv.de und ino/dpa vom 08.07.2024.

2 Vgl. dazu: [https://www.ardmediathek.de/video/ard-sondersendung/bundestagswahl-2025-oder-die-schlussrunde/das-](https://www.ardmediathek.de/video/ard-sondersendung/bundestagswahl-2025-oder-die-schlussrunde/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL2FyZC1zb25kZXJzZW5kdW5nLzlwMjUtMDItMjBfMjltMDAtTUVa)

[erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL2FyZC1zb25kZXJzZW5kdW5nLzlwMjUtMDItMjBfMjltMDAtTUVa](https://www.ardmediathek.de/video/ard-sondersendung/bundestagswahl-2025-oder-die-schlussrunde/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL2FyZC1zb25kZXJzZW5kdW5nLzlwMjUtMDItMjBfMjltMDAtTUVa)

Aufgerufen am 05.05.2025, Minute 15:22-16:10.

3 Vgl. Lucas Theinert: Der Preis des Krieges, IPG 30.04.2025

4 <https://www.merkur.de/politik/putins-ukraine-debakel-noch-nie-zuvor-so-viele-panzer-eingebuesst-93499285.html>

5 <https://www.fr.de/politik/und-daten-russlands-verluste-im-ukraine-krieg-neue-zahlen-zr-93670321.html>

...Putin die Sowjetunion wiederherstellen will?

Um die wahren Ziele Putins aufzuzeigen, wird allzu oft behauptet, er wolle die Sowjetunion wiederherstellen. Aber Putin erklärte folgendes: *„Wer sich nicht nach der Sowjetunion zurücksehnt, hat kein Herz, wer sie zurückhaben will, hat keinen Verstand“*.¹ Den zweiten Teil lassen die Zitierenden gerne weg. Putin bestreitet, dass er eine solche Absicht verfolge. Und es gibt offensichtlich auch keine Zitate von Putin, aus denen eine solche Zielsetzung herausgelesen werden könnte, wie wir einer Antwort der Bundesregierung vom 1. Juli 2024 auf eine parlamentarische Anfrage entnehmen können. Die Bundesregierung ließ durch den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Bagger, mitteilen: *„Äußerungen des Präsidenten der Russischen Föderation, Vladimir Putin, wonach die Wiederherstellung der Sowjetunion beabsichtigt werde, sind der Bundesregierung nicht bekannt.“*²

Darüber hinaus stellt sich die Frage, welches Motiv Putin haben könnte, die baltischen Staaten oder Moldawien militärisch zu besetzen. „Wertvolles“ wie Rohstoffe, eisfreie Häfen oder geostrategische Vorteile gegenüber der NATO dürften kaum auszumachen sein.

Zentral wird sein, wie die Bewaffnung der dort stationierten NATO-Truppen ausgerichtet ist. Je offensiver dieses Potential ausgerichtet ist, desto mehr verstärkt es das Sicherheitsdilemma mit entsprechenden russischen Gegenreaktionen, um der NATO gewachsen zu sein oder sie auf Distanz zu halten. Sollte es um den Umgang mit diesem Sicherheitsdilemma gehen, dann wäre es sicherer und kostengünstiger, darüber Verhandlungen zu führen als eine militärische Invasion und damit einen Krieg mit der NATO zu riskieren.

1 <https://www.n-tv.de/politik/Putin-Wir-wollen-die-UdSSR-nicht-zurueck-article16616201.html>.

2 BT-Drucksache 20/12418

...Putin nicht verhandeln will und nur die Sprache der Gewalt versteht?

Um den russischen Blick auf den Westen nachzuvollziehen, bedarf es eines historischen Rückblicks. Diesen vergessen die westliche Berichterstattung und die Politik regelmäßig, Russland aber nicht. Nach Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes 1990 wurden hunderttausende Soldaten aus Ostdeutschland und den osteuropäischen Ländern abgezogen, gegen das vielfach gemachte Versprechen des Westens, daraus keinen Vorteil zu ziehen. Seit den frühen 1990er Jahren versuchte die russische Seite, das Thema *NATO-Osterweiterung* auf dem Verhandlungswege einer vertraglichen Lösung zuzuführen. Bis heute weigern sich die führenden westeuropäischen Länder, mit Moskau darüber zu verhandeln. Unmittelbar nach dem Überfall auf die Ukraine verhandelte Moskau bei den Istanbul-Verhandlungen erstmals ihr Kernanliegen, Begrenzung der NATO-Ost-Erweiterung. Diese Verhandlungen begannen bereits vier Tage nach der Invasion und dauerten bis Ende April 2022. *„Mitte April 2022 standen wir kurz davor, den Krieg mit einer Friedensregelung zu beenden“*, berichtete einer der ukrainischen Chefunterhändler, Oleksandr Chalyi, bei einem öffentlichen Auftritt im Dezember 2023 rückblickend. *„Eine Woche, nachdem Putin seine Aggression begonnen hatte, kam er zu dem Schluss, dass er einen großen Fehler begangen hatte, und versuchte, alles zu tun, um ein Abkommen mit der Ukraine zu schließen.“*¹ Der Istanbul-Prozess wurde von Großbritannien und den USA jedoch gestoppt, da im Schlussdokument Sicherheitsgarantien enthalten waren, die beide nicht bereit waren, zuzusichern.²

Seither fanden weitere Verhandlungen statt, allerdings mit einer Delegation aus Afrika, mit dem Vatikan, mit Vertretern der BRICS-Staaten – nicht mit der EU, da diese bis heute nicht bereit ist, über eine mögliche militärische Neutralität der Ukraine zu verhandeln. Verhandlungen über einen Waffenstillstand und Frieden können nur gelingen, wenn beide Seiten bereit sind, gewünschte Verhandlungsergebnisse nicht zur Vorbedingung von Gesprächen zu machen.

1 <https://www.foreignaffairs.com/ukraine/talks-could-have-ended-war-ukraine>

2 ebd.

...ausschließlich Russland die regelbasierte Ordnung zerstört?

Nein. Sie lag schon in Scherben. Russland hat mit der Annexion der Krim gegen internationales Recht verstoßen und insbesondere gegen das von Russland unterschriebene „Budapester Memorandum“ vom 5. Dezember 1994, welches der Ukraine Sicherheit und Gewaltverzicht der Unterzeichner versprach. Im Gegenzug verzichtete die Ukraine damals auf den Status einer Nuklearmacht – auch wenn die Nuklearwaffen der Ukraine immer unter militärischer Kontrolle Moskaus standen. Auch die Invasion Russlands in die Ukraine im Februar 2022 ist eindeutig völkerrechtswidrig. Die These, Russland habe damit begonnen, die regelbasierte Ordnung zu zerstören, ist so nicht haltbar.

Denn NATO-Staaten, unter Führung der USA, bombardierten 1999 Serbien:

Am 24. März 1999 befand sich Jewgeni Primakow, Premierminister unter Boris Jelzin, über Neufundland unmittelbar vor dem amerikanischen Luftraum, als er einen Anruf von Al Gore, US-Vizepräsident, bekam, die NATO werde nun Serbien bombardieren. Primakow war auf dem Weg nach Washington und wollte mit Präsident Clinton und seiner Außenministerin Albright unter anderem über eine friedliche Lösung des Balkankonfliktes verhandeln. Russland hatte monatelang mit den Konfliktparteien Gespräche geführt und Primakow wollte nun seinen Friedensplan präsentieren. Primakow ist von dem Anruf schockiert, erklärt, dass Moskau das Bombardement seines Verbündeten kategorisch ablehne und befiehlt seinem Piloten den Anflug auf Washington abubrechen. Die Maschine drehte ab und flog zurück nach Moskau.¹ Primakow: Das ist ein Schlag ins Gesicht Moskaus. Zwei Jahre zuvor unterschrieben die USA die NATO-Russland-Grundakte. Darin verpflichteten sich die Unterzeichnerstaaten nicht nur zu Gewaltverzicht, sondern sie vereinbarten eine Konsultationspflicht. Im Konfliktfall, so die Grundakte, müssten unverzüglich alle Unterzeichner zu Gesprächen zusammenkommen. Die Grundakte, die am 27. Mai 1997 im Pariser Elysee-Palast unterzeichnet wurde, verpflichtet die Unterzeichner, die Sicherheitsinteressen aller Beteiligten zu respektieren, darauf, dass keine Seite die eigene Sicherheitslage zu Lasten anderer verändern darf oder die Sicherheit eines anderen Staates beeinträchtigt werden darf.²

Aus russischer Sicht ist auch die NATO-Osterweiterung ein klarer Verstoß gegen die Grundakte. Daher fordert Putin aktuell den Status von 1997 wieder herzustellen. Der völkerrechtswidrige Angriff auf Serbien war ein Verstoß gegen die Konsultationspflicht und gegen das Gewaltverbot. Der Irakkrieg ab 2003 war ebenfalls völkerrechtswidrig und ein Bruch der regelbasierten Ordnung.

1 NYT vom 24. März 1999 <https://www.nytimes.com/1999/03/24/world/conflict-balkans-overview-NATO-authorizes-bomb-strikes-primakov-air-skips-us.html> und
<https://archive.nytimes.com/www.nytimes.com/library/world/europe/032499kosovo-primakov.html>
2 <https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Russland-Grundakte>

...Russland alle Abrüstungs- und Rüstungskontroll-verträge gebrochen hat?

Rüstungskontrolle (RK) ist ein wesentliches Instrument zur Begrenzung und Kontrolle von Waffen mit größerer Reichweite und Wirkungskraft. Dadurch werden Aufrüstung begrenzt, Rüstungsausgaben vermindert, Berechenbarkeit erhöht und die Instabilität in Krisen drastisch gemindert. Friedliche Koexistenz von potenziellen Gegnern wird möglich. Dazu gehört es, auf ein den Gegner entwaffnendes oder überwältigendes Militärpotential zu verzichten und sich gegenseitige Verletzlichkeit zuzugestehen. Am deutlichsten wird dies bei der sog. Zweitschlagsfähigkeit der Kernwaffenstaaten USA und Russland. Zweitschlagsfähigkeit bedeutet, den atomaren Angreifer mit einem atomaren Gegenschlag mit in den Abgrund reißen zu können (mutual assured destruction = MAD). Eine solche Strategie verlangt, auf ein umfassendes Potential von erfolgsversprechenden Erstschlagswaffen und auf eine Raketenabwehr zu verzichten, die den Zweitschlag verhindert. Dies – so die militärische Logik - vermindert den Anreiz, diese Waffen als erster einzusetzen. Formal hat sich – außer China – jedoch keiner der Kernwaffenstaaten zu einem „no-first-use“ verpflichtet.

Obwohl in der Öffentlichkeit der Eindruck vorherrscht, dass Russland die RK-Verträge aufgekündigt habe, stellt sich dies bei genauer Betrachtung ganz anders dar. Die USA, die sich 1990 als Gewinner des Kalten Krieges sahen und versuchten, ihre hegemoniale Stellung auf Dauer sicher zu stellen (unipolar moment), fühlten sich durch Rüstungskontrolle eher behindert. Dies soll anhand von drei zentralen RK-Abkommen gezeigt werden.

2002: Kündigung des *Anti-Ballistic-Missile-Vertrages* (ABM von 1972) durch die USA unter George W. Bush sen. Damit wurde das Abschreckungssystem der Zweitschlagsfähigkeit (MAD) faktisch abschafft. Denn mit solchen Raketenabwehrsystemen kann ein Angriff ohne gravierende Folgen für das eigene Land möglich werden. Russland beklagte deshalb den Aufbau von Raketenabschussbasen in Polen und Rumänien durch die USA ab 2007 als einen Schritt dahin.

2007: Faktisches Ende des 1999 unterzeichnete *Anpassungsvertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa* (AKSE). Der Vertrag sollte den Veränderungen in Europa Rechnung tragen,

die durch die Auflösung des Warschauer Paktes entstanden waren. Anfang der 1990er Jahre hatte man im KSE-Vertrag (Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa) erfolgreich die Eliminierung quantitativer Asymmetrien bei fünf Hauptwaffensystemen in vier Zonen vom Atlantik bis zum Ural erreicht. Dabei wurde ein Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt hergestellt. Der AKSE setzte nationale und territoriale Obergrenzen fest, die sicherstellen sollten, dass kein Staat ein bedrohliches militärisches Übergewicht erreichen konnte, abgesichert durch ein umfangreiches Überprüfungssystem. Russland ratifizierte dieses Abkommen 2004, die USA unter Präsident George W. Bush, jun., blockierten dagegen seit 2002 ihren Beitritt mit zusätzlichen Forderungen, die nach Vertragsabschluss als Bedingungen genannt worden waren. „Er wollte den Abzug verbliebener russischer Stationierungstruppen aus Georgien und der Republik Moldau erreichen, um den NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens vorzubereiten.“¹ Obwohl Russland die Stationierungstruppen aus Georgien abzog, änderte sich die Haltung der USA nicht. Aus Bündnissolidarität ratifizierten die meisten NATO-Staaten den AKSE-Vertrag auch nicht. Dies war insofern fatal, als 2004 mit den baltischen Staaten neue Mitglieder der NATO beitreten, die dem KSE-Vertragsregime nicht angehörten. „So entstanden an Russlands Grenzen potentielle Stationierungsräume der Allianz, die keinen rechtsgültigen Rüstungskontrollregeln unterliegen.“² Zudem verletzten die USA die in der NATO-Russland-Grundakte 1997 und im AKSE-Vertrag eingegangenen Konsultationsverpflichtungen. Sie handelten einseitig, indem sie ab 2007 eine ständige Militärpräsenz am Schwarzen Meer durch Kampftruppen in Bulgarien und Rumänien schufen. Im Jahr 2007 „suspendierte“ Russland als Reaktion auf die NATO-Osterweiterung diesen Vertrag, der als Eckpfeiler der europäischen Sicherheit“ gepriesen worden war. 2015 kündigte Russland den Vertrag auf, nachdem die USA angekündigt hatten, für ein Manöver US-Soldaten ins Baltikum zu verlegen.

2019: Kündigung des *INF-Vertrages* (Intermediate Range Nuclear Forces von 1988) durch die USA unter der ersten Präsidentschaft von Donald Trump. Russland kündigte den Vertrag ebenso in der Folge. Dieser eigentlich unbegrenzt geltende Vertrag bedeutete vor allem die reale Verschrottung von etwa 2700 landgestützten Mittelstreckenraketen bis 1991 und das Verbot der Herstellung und Stationierung von diesen Raketen (1000-5500km Reichweite). Zudem wurde informell vereinbart, dass beide Kernwaffenstaaten ihre taktischen Atomwaffen abziehen. Nur

die USA beließen wegen der „nuklearen Teilhabe“ einen Rest in NATO-Europa. Der Kündigung des INF-Vertrages durch die USA gingen seit 2014 Vorwürfe an Russland voraus, einen Marschflugkörper (SSC-8/9 M729) mit einer Reichweite von 2600 km entwickelt zu haben. Russland gab die Reichweite mit 480 km an. Russland beschuldigte seinerseits die USA, mit der Stationierung von sogenannten Startkanistern in Polen und Rumänien ab 2007 den Einsatz von offensiven US-Marschflugkörpern möglich zu machen und damit den INF-Vertrag zu verletzen. Das Friedensgutachten 2019 bemerkte zu letzterem: *„Technisch gesehen sind diese Anschuldigungen berechtigt.“*³

Alle Versuche, das im Vertrag für solche Streitfälle vorgesehene Beratungsgremium einzuberufen, sind gescheitert. Inzwischen wurde bekannt, dass die USA schon vor 2019 neue INF-Flugkörper entwickelten und die Stationierung von neuen konventionellen, zielgenauen Raketen im Zuge ihres Multi-Domain Task Force-Programms vorsahen, wie sie nun auch für 2026 mit der neuen Nachrüstung in Deutschland ansteht.

Eine Übersicht

Hier noch ein chronologischer Blick auf das Schicksal von Rüstungskontrollverträgen.

Abkommen	Unterzeichnung/ in Kraft getreten	Inhalt/Schicksal
Atomwaffensperrvertrag	1968/1970	Verbietet die Weitergabe von Atomwaffen; Unterstützt von USA und Sowjetunion/Russland; 191 Mitgliedstaaten Bisher nur Nordkorea ausgetreten
Begrenzung strategischer Atomwaffen: von SALT (Strategic Arms Limitation Treaty) (1972) zu New START (Strategic Arms Reduction Treaty)	1972 2010-2021/2026 Nach einer Vereinbarung zwischen Putin und Biden 2021 wurde der Vertrag um 5 Jahre verlängert.	Vertragsparteien: USA und Sowjetunion/Russland 2023 Russland setzt Teilnahme aus, will sich aber an Obergrenzen halten Begrenzt strategische Trägersysteme auf 800 und Nuklearsprengköpfe auf 1.500 pro Partei
INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces)	1987/1988	Vertragsparteien USA und Russland Verbot von landgestützten Mittelstreckenraketen (500-5.500km Reichweite); Verschrottung von Raketen 2019 zuerst von USA, dann von Russland gekündigt

Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE)-Vertrag AKSE-Vertrag (A= Angepasster KSE)	1988/1992 1992/ nie	Der AKSE-Vertrag sollte den KSE-Vertrag fortschreiben; USA und NATO-Staaten blockieren die Ratifikation; Russland suspendiert seine Mitgliedschaft 2007 und kündigt sie 2015 auf
Vertrag über den Offenen Himmel	1992/2002	Öffnung des Territoriums für unbewaffnete Überwachungsflüge 2020 treten USA, 2021 tritt Russland aus
Umfassender Teststopp-Vertrag	1996/ nie	Teststopp für Atomwaffen; ausgezeichnetes globales Überwachungssystem eingerichtet Von 178 Staaten ratifiziert (darunter Russland 2000, aber 2023 zurückgezogen) Nicht dabei: USA, China, Israel, Indien, Pakistan u.a.
Landminen-Konvention (Ottawa-Konvention)	1997/1999	Umfassendes Verbot für Anti-Personen-Minen Nicht dabei: USA, Russland u.a.
Wiener Dokument 1999	1999/2000	Transparenz und Vertrauensbildung im OSZE-Kontext Liegt derzeit faktisch auf Eis
Konvention über Clustermunition	2008/2010	Umfassendes Verbot für Streumunition Nicht dabei: USA, Russland u.a. (auch Ukraine ab 2023)

Atomwaffen-Verbots-Vertrag	2017/ 2021	Umfassendes Verbot für Atomwaffen Nicht dabei: USA und alle anderen NATO-Staaten; alle anderen Kernwaffenstaaten
----------------------------	------------	---

Zudem sind viele Bemühungen um RK-Abkommen in der Diskussion, kommen aber seit Jahren nicht voran, wie zum Beispiel ein Abkommen zur Begrenzung spaltbaren Materials, über die Nutzung des Weltraums und zum Verbot von autonomen Waffensystemen.

1 Wolfgang Richter: Im Spannungsfeld von Nato und Russland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2022, S.57.

2 ebd.

3 Friedensgutachten 2019: Vorwärts in die Vergangenheit? Frieden braucht Partner, Berlin, S. 33.

...nur russische Propaganda auf die Meinungsbildung in Deutschland Einfluss nimmt?

Spätestens seit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA 2016 ist bekannt, welchen Einfluss Propaganda auf Meinungsbildung nimmt.¹ Propaganda zielt darauf ab, in einem Methodenmix psychologischer Manipulation Menschen zur Teilnahme an Aktionen zu bewegen. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts sind diese Methoden bestens erforscht und umfangreich gesammelt. Weltweit greifen Militärs und Regierungen auf solche Manipulationstechniken zurück, um die Bevölkerungen zu spalten und gegeneinander aufzuhetzen.

Militärisch gehört zu einem „Krieg mit echten Waffen“ immer auch der „Krieg mit den Waffen der Einflussnahme“, die kognitive Kriegsführung, der Informationskrieg. Dadurch soll die Bevölkerung von der Notwendigkeit von Kriegsvorbereitungen und kriegerischen Handlungen überzeugt werden. Beispielsweise legte 1917 Präsident Wilson der kriegsunwilligen amerikanischen Bevölkerung nahe, man müsse diesen Krieg führen, „einen Krieg, um alle Kriege zu beenden und die Welt sicher für Demokratie“ zu machen.² Wilson hatte dafür 75 000 Mitarbeiter schulen lassen und in 5000 Städte geschickt, um die Bevölkerung kriegswillig zu stimmen – mit Erfolg.

Es ist bekannt, dass die Informationskanäle, die im 21. Jahrhundert zum Ergebnis amerikanischer Präsidentschaftswahlen geführt und in Deutschland zur Meinungsbildung innerhalb rechts-extremer Kreise beitragen, durch russische Propaganda gefüttert wurden und werden. Wie bei jeder Propaganda beinhalten Mitteilungen dann oberflächlich richtige Dinge, doch werden die Fakten so dargestellt, dass das Gesamtbild falsch ist. Doch geschieht dies tatsächlich nur von russischer Seite?

Es gibt auch eine Geschichte westlicher Propaganda.

Hierzu nur wenige Beispiele: Der **iranische** Präsident Mossadegh wird vom Time-Magazine 1951 zum Mann des Jahres gewählt. Er ist säkular, setzt sich für eine freie Presse ein, für Frauenrechte, eine freie lebendige Kulturlandschaft und lässt oppositionelle Parteien zu. Und er möchte die

englisch beherrschte Ölindustrie verstaatlichen. Der englische Geheimdienst und die CIA treten daraufhin einen Propagandakrieg gegen ihn los, er sei nicht zurechnungsfähig, pflege eine Nähe zu Moskau und sei eine Gefahr für den Westen. Diese Geschichten waren erfunden und gelogen, aber sie wirkten, um den Putsch vorzubereiten.³ Mossadegh wurde gestürzt, die Schah-Diktatur eingeführt und die Ölindustrie blieb in englischer Hand. Die religiös-fundamentalistische Herrschaft unter Chomeini ab 1979 war eine Reaktion auf die Schah-Diktatur.

Ähnliches wiederholte sich drei Jahre später in **Guatemala**. Der fortschrittliche und demokratisch gewählte Präsident Jacobo Arbenz plante armen Landbauern 85.000 Hektar Land zu übereignen. Der United Fruit Company gefiel dies gar nicht, sodass, in Zusammenarbeit mit der CIA, Arbenz gestürzt wurde. Im Vorfeld des Putsches wurde eine gigantische Propagandakampagne lanciert, Arbenz sei ein Kommunist und eine Gefahr für die USA. Der neue rechtsradikale Präsident Armas stoppte alle Landreformen, ließ die Maya-Zivilbevölkerung vertreiben, dabei verschwand und starben rund 166000 Mayas. Die UNO stellte später Völkermord an den Maya fest.⁴

Auch der US-Eintritt in den **Vietnamkrieg** gründete auf einem Propagandatrick. Nordvietnamesische Schnellboote hätten im Golf von Tonkin 1964 amerikanische Schiffe angegriffen, daher, so Präsident Lyndon B. Johnson, müsse Amerika nun direkt in den Krieg eingreifen. Die „Pentagon-Papers“ enthüllten später, dass die Geschichte erfunden war. Bis zu 3 Mio. Vietnamesen starben und weitere 1,3 Mio. hatten schwerste gesundheitliche Probleme, durch das Pflanzengift „Agent-Orange“ welches das US-Militär versprühte, um den Vietkong besser bekämpfen zu können.⁵

Im ersten Golfkrieg „**Kuwaitkrieg**“ ,1990, berichtet eine Krankenschwester, die irakischen Soldaten hätten Babys aus Brutkästen gerissen und sie auf kaltem Boden sterben lassen. Die Geschichte wurde von der PR-Agentur „Hill and Knowlton“ erfunden, um die amerikanische Öffentlichkeit auf Kriegskurs zu bringen. Es funktionierte.⁶

Um die Bombardierung **Serbiens** vorzubereiten, ohne UN-Mandat, wurden Geschichten lanciert, wonach die Serben mit abgeschlagenen Köpfen Fußball spielen würden, es Konzentrationslager gäbe, ethnische Säuberungen geplant gewesen seien, im Dorf Racak ein Massaker verübt worden

sei – all diese Geschichten waren erfunden.⁷ Der Politologe Jörg Becker wies in einer Studie⁸ nach, dass über 150 PR-Agenturen damals damit betraut waren, die westliche Öffentlichkeit auf Kriegskurs zu bringen. Später stellte sich heraus, es gab keinen Hufeisenplan zur Vertreibung, keine KZs und auch kein Massaker in Racak. Das Bombardement Serbiens war der erste Kriegseinsatz Deutschlands nach 45. Er war völkerrechtswidrig.

Vier Jahre später begann eine „Koalition der Willigen“ den **Irak** zu bombardieren. Die Behauptungen, der Irak sei für den Terror der Al-Kaida mitverantwortlich und produziere Massenvernichtungswaffen waren erfunden. Dieser Krieg war völkerrechtswidrig und kostete über 1. Mio Menschen das Leben.⁹

Bevor im März 2011 **Libyen** bombardiert wurde, starteten die USA die Gaddafi-Viagra-Kampagne. Die Welt titelte: „Gaddafis Viagra-Totalitarismus“, der Spiegel berichtete: „Viagra für Soldaten“. Tatsächlich konnten Beweise für Massenvergewaltigungen nie gefunden werden. Weder der Internationale Strafgerichtshof (ICC) noch eine Kommission der UN noch Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch (HRW) fanden Belege.¹⁰

In Zukunftsforen zur NATO-Strategie wird neben dem Krieg zu Land, auf dem Wasser, in der Luft, im Weltraum und im Internet ein sechster Einsatzbereich definiert und „aufgerüstet“: „Cognitive Warfare“ – der Gedanken- oder Informationskrieg.¹¹ Seine Elemente sind die Propaganda sowie digitale und kulturelle Manipulation. Seit dem NATO-Symposium vom 21. Juni 2021, veröffentlicht mit Dossier im März 2022 (!), wird die Cognitive Warfare von der NATO nun vorangetrieben.¹² Im Rahmen dieser „Waffengattung“ wird durch Propaganda bewusst Angst erzeugt, um Menschen zu steuern. Eine ständige Wiederholung der gleichen Behauptungen ruft das Gefühl hervor, dass sie stimmen – das zeigen Ergebnisse der Propagandaforschung.

Längst haben NATO-Strategen auch den Wert unseres jeweils unbekannterweise hinterlassenen „Schattentextes“ im Internet begriffen und versuchen, Daten zu sammeln und diese zur Überwachung sowie Steuerung der Bevölkerung zu nutzen. So nutzte beispielsweise die Abteilung StratCom der NATO 2019 Facebook für eine Übung, um Soldaten vertrauliche Daten zu entlocken – mit Erfolg.¹³

Die Forschung sagt uns auch, dass Menschen die eigene Anfälligkeit für Manipulation unterschätzen und die Anfälligkeit anderer überschätzen (sog. „Dritte-Person-Effekt“).

Auf diesem Hintergrund ist es wichtig, die in unseren Medien präsenten Informationen mit der Brille zu prüfen: Welche Informationen könnten propagandatechnisch überformt sein? Kenntnisse über geopolitische, geschichtliche und wirtschaftliche Zusammenhänge sind dazu wichtig sowie das Festhalten am Wunsch nach Frieden und die Bewahrung des Mitgefühls mit den Opfern kriegerischer Konflikte.

Ein Beispiel dafür könnten die Beiträge in dieser Publikation sein, die sich einer fairen Aufklärung verpflichtet fühlen und von der Empathie mit den Kriegs- und Gewaltopfern geleitet sind.

1 Analysen und Überblick dazu in Jonas Tögel (2023), Kognitive Kriegsführung. Neueste Manipulationstechniken als Waffengattung der NATO. Tögel arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Psychologie an der Universität Regensburg.

2 Zinn, Howard (1980). A People's History of the United States. Harper Colophon Books S. 355.

3 <https://www.blaetter.de/ausgabe/2023/august/iran-und-die-religion-70-jahre-putsch-gegen-mossadegh>

4 Jonas Tögel. Kognitive Kriegsführung. Neu-Isenburg 2023. S. 80

5 <https://de.wikipedia.org/wiki/Vietnamkrieg>

6 <https://www.sueddeutsche.de/politik/pr-agentur-hill-knowlton-schmutzige-sprechblasen-1.179920>

7 <https://taz.de/20-Jahre-Nato-Angriff-auf-Serbien/!5579713/>

8 Jörg Becker, Operation Balkan. Werbung für Krieg und Tod. Baden-Baden 2006

9 <https://www.bundeswehr-journal.de/2015/rund-13-millionen-tote-durch-krieg-gegen-den-terror/>

10 https://www.focus.de/politik/ausland/herrschen-und-vernichten-vergewaltigung-machtinstrument-und-waffe_id_2639317.html

11 vgl. die Publikation: Cole, August&Le Guyader, Hervé (2020), NATO's 6th Domain of Operations, Innovation Hub.

12 Tögel (2023) S.37.

13 Tögel (2023) S. 187.

...es nie ein Versprechen gab, die NATO nicht nach Osten zu erweitern?

Zur Frage des NATO-Beitritts der Ukraine hört man immer wieder: Man könne einem souveränen Land einen Beitritt zu einem Bündnis nicht verbieten: Und außerdem habe es auch nie ein Versprechen des Westens gegeben, die NATO nicht nach Osten zu erweitern. Diese Versprechen waren jedoch von wesentlicher Bedeutung bei den Verhandlungen zur Deutschen Einheit, bei der zugleich eine umfassende Abrüstung beider Seiten beschlossen wurde. Allerdings haben das Versprechen nicht alle ernst gemeint, wie aus später bekanntwerdenden Protokollen ersichtlich wurde:

Die erhellendste Formulierung zu dieser Frage stammt von Robert Gates, später CIA-Chef, dann Verteidigungsminister. Bereits im Jahr 2000 erklärte er: *„Wir haben die Russen in den Glauben versetzt, dass es nie eine NATO-Osterweiterung geben würde.“*¹

Und dieser Glauben konnte sich auf die Äußerungen verschiedenster Politiker gründen, wie z.B. die des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher, der bei einer Tagung am 31. Januar 1990 in Tutzing sagte:

„[...] die Veränderungen in Osteuropa und der deutsche Einigungsprozess dürfen nicht zu einer ‚Beeinträchtigung sowjetischer Sicherheitsinteressen‘ führen. Deshalb muss die Nato eine Ausdehnung ihres Territoriums nach Osten, also eine Annäherung an die sowjetischen Grenzen ausschließen.“²

Derartige Sicherheitsgarantien wurden auch formuliert von US-Außenminister James Baker, US-Präsident George Bush, Bundeskanzler Helmut Kohl, US-Verteidigungsminister Robert Gates und nahezu allen europäischen Staatsechefs wie auch vom damaligen Nato-Generalsekretär Manfred Wörner.³

Diese Zusagen waren von Anfang an eine Täuschung. Im Februar 1990, kurz nachdem Präsident Bush feierlich versicherte, dass der Westen aus der neuen Situation keinen Vorteil zu Lasten Moskaus ziehen wolle, zitierte er Helmut Kohl in die USA. Kohl wollte wissen, wie nun mit den Versprechen umzugehen sei. Bush: *„Zur Hölle damit. Wir haben uns durchgesetzt, nicht sie. Wir*

dürfen nicht zulassen, dass die Russen uns den Sieg entreißen." Bush erklärt auch, dass es keine Friedensdividende geben dürfe und die USA für ihre eigene Sicherheit Deutschland als Militärstützpunkt bräuchten. Robert Gates in seinen Memorien: „Die neue Strategie lautete, die Russen zu schmieren, damit die Nicht-Erweiterung nicht verschriftlich wird.“⁴

Der sowjetische Staatspräsident und Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, bemerkte schließlich, dass die Zusicherungen nicht in den Zwei-Plus-Vier-Verträgen auftauchten. Wütend beschwerte er sich bei Kohl, er sei wohl in eine Falle getappt. Kohl schaffte es jedoch, Gorbatschow zu beschwichtigen und versprach ihm 15 Milliarden D-Mark Staatshilfen. Er lenkte ein und das Vertragswerk war besiegelt. Das Gespräch gilt heute als das teuerste Telefonat, das Helmut Kohl je geführt hat.⁵

Die NATO-Osterweiterung erfolgte dann in drei Schritten 1999, 2004 und 2023/24 (Finnland und Schweden).

Eine Anfrage des russischen Präsidenten Putin im Jahr 2000, in die NATO eingeladen zu werden, blieb ohne Folgen.

Welche desaströsen Folgen diese Politik haben könnte, die 1990 gemachten Zusagen nicht einzuhalten, davor wurde schon 1997 gewarnt: Über 60 führende Experten für US-Außenpolitik wiesen in einem Brandbrief an Präsident Clinton darauf hin. Die NATO-Osterweiterung würde die Demokratisierung Russlands beenden und Europa destabilisieren. Vom größten Fehler der Nachkriegszeit war die Rede. Auch der frühere US-Botschafter William Burns warnte 2008, niemand in Russland, auch nicht die liberalsten Kritiker Putins, würden in der Osterweiterung etwas Anderes sehen als eine direkte Bedrohung. Und auch in Deutschland erhoben sich warnende Stimmen. So schrieben Roman Herzog, Herta Däubler-Gmelin, Antje Vollmer, Erhard Eppler, Horst Teltschik und andere 2015 einen offenen Brief mit der Überschrift: „Krieg in Europa – nicht in unserem Namen“.⁶ Sie forderten die Achtung russischer Sicherheitsinteressen – andernfalls könne es Krieg geben.

Zugleich wurde in den 1990er Jahren die historische Chance auf konsequente Abrüstung und auf einen dauerhaften Frieden verspielt. Die NATO, als Schutzmacht gegen den aggressiven und expansiven Kommunismus und den Warschauer Pakt, hatte ihre Existenzbedingung und Begründung verloren. Die Bundeswehr wie die westlichen europäischen Armeen hatte ihren Feind verloren und suchten in den 1990er Jahren eine neue Existenzbegründung: den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und vielen Auslandseinsätzen, von Afghanistan bis Somalia. Währenddessen verfolgten die USA das Ziel, die einzige und stärkste Supermacht der Welt zu werden. In Folge wurden keine neuen Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge mehr geschlossen, sondern eingegangene Verträge sukzessive beendet bzw. nicht verlängert.

1 Robert Gates, University of Virginia, Miller Center Oral History, George H.W. Bush Presidency, July 24, 2000, p. 101)

2 <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early>

3 <https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early>

4 ebd.

5 <https://www.stern.de/politik/ausland/nato-osterweiterung-wie-der-westen-einst-gorbatschow-uebertoeelte-3839144.html>

6 <https://www.zeit.de/politik/2014-12/aufruf-russland-dialog>

...nur Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und Abschreckung den Frieden sichern kann?

Die Antwort ist schnell gegeben: Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und Abschreckung schaffen allenfalls zeitweilig eine gewisse, jedoch einseitige Sicherheit für einen Staat oder ein Staatenbündnis, nicht aber Frieden zwischen Staaten. Es erinnert an Sprachregelungen von Autokraten, wenn „Sicherheit“ mit „Frieden“ gleichgesetzt wird. „Frieden“ stellt nach Harald Müller einen klar definierbaren Zustand zwischen sozialen Akteuren dar, „der gekennzeichnet ist durch die Abwesenheit direkter, verletzender physischer Gewalt und in dem deren möglicher Gebrauch gegeneinander in den Diskursen der Kollektive keinen Platz hat.“¹ Sicherheit dagegen ist insofern ein asozialer Begriff, als er sich immer gegen einen Dritten oder etwas Drittes richtet, vor dem Sicherheit gesucht werden muss.² Mit Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und Abschreckung geht die Suche nach Sicherheit mittels Gewaltandrohung und Gewaltanwendung gegen den Dritten einher.

Frieden ist dagegen mehr als Sicherheit und mehr als Nicht-Krieg. Selbst in dieser enggeführten Definition von Harald Müller setzt Frieden zumindest voraus, dass ehemals verfeindete und nun in Frieden lebende Gesellschaften Institutionen der Konfliktbearbeitung ausgebildet haben und nicht mehr auf militärische Bedrohungen setzen. Ein Beispiel dafür ist die deutsch-französische Beziehung, in der die Erbfeindschaft hinter sich gelassen wurde und die nun als Frieden zu charakterisieren ist. Dies setzt Empathie, annähernd gleiche Werte und Interdependenzen sowie enge gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bevölkerungen voraus, für die die vielen Städtepartnerschaften ein Ausdruck sind.

Aber sichern Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und Abschreckung verlässlich einseitige Sicherheit? Die Risiken einer solchen Politik liegen auf der Hand. Sicherheit durch Drohpolitik verschärft das Sicherheitsdilemma, in dem sich souveräne Staaten befinden. Das, was die eine Seite als defensive Rüstung zur Sicherheit zu brauchen scheint, erzeugt bei der anderen Seite Ängste und Vermutungen über aggressive Pläne der Gegenseite. Und so versuchen beide Seiten, sich durch eigene Aufrüstung zu sichern – beide in defensiver Absicht! Doch so wird der Rüstungswettlauf

in Gang gesetzt. Da zudem beide Seiten vom schlimmsten Fall bei der Planung ihrer Vorbereitungen ausgehen, herrscht ständig Ungewissheit über die Absichten der anderen Seite. Fehlwahrnehmungen, falsch eingeschätzte Unfälle oder das schlichte Versehen können kriegsauslösende Wirkung haben. Da die Gegenseite strukturell als aggressiv eingeschätzt werden muss, leben Staaten in ständiger Unsicherheit und Kriegserwartung. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, den alle erwartet haben, manche nicht erwarten konnten, ist ein Beispiel dafür, als nach dem Sarajewo-Attentat die Mobilisierung einer Großmacht die Mobilisierung der anderen auslöste. Heute kommt dies zum Beispiel darin zum Ausdruck, dass ein Teil der strategischen Atomwaffen der Großmächte in ständiger Alarmbereitschaft sind und sofort gestartet werden könnten. Wir leben folglich unter ständiger Bedrohung – und merken es nicht! Neben der Wirkung nach außen, sind auch die Folgen nach innen bedeutsam: die notwendige Kriegstüchtigkeit hat neben horrenden Staatsausgaben für Rüstung, Mittel die dann für Klimaschutz, Infrastruktur und Sozialstaat fehlen, hohe psychische und politische Kosten. Angst und Unsicherheit durch eine auf Gewalt und Militär aufbauenden Sicherheitspolitik sind die Folge. Und auch der demokratische Charakter des Staates wird massiv gefährdet. Denn er muss die Kriegstüchtigkeit mental durchsetzen, was letztlich heißt, alle kritischen Stimmen zur Sicherheitspolitik zu marginalisieren, zu diskreditieren oder gar zu diskriminieren, da sie angeblich das Geschäft des Gegners betreiben und die „Wehrbereitschaft“ untergraben.³

Sicherheitspolitik hat dann jedoch eine Chance, in einen Friedenszustand einzumünden, wenn sie zwar auf Widerständigkeit gegen Invasoren, nicht aber auf Bedrohung setzt, und wenn sie von einem Management der Gewaltmittel begleitet wird, das durch vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, durch Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sowie Dialogforen zu kontroversen Themen gekennzeichnet ist. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hatte diese Qualitäten. Die westliche Vormacht USA wollte jedoch Sicherheit auch nach dem Kalten Krieg mittels der NATO herstellen.

Bis heute wird zur Begründung von Aufrüstung immer wieder die römische Maxime der militärischen Stärke zitiert, gewissermaßen als ewig gültige, paradoxe Wahrheit: *„Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor“*. In der Geschichte haben mit dieser Haltung nicht nur die

Römer, auch viele andere Staaten und Herrscher, viele Kriege geführt. Angesichts der heutigen, absolut zerstörenden Waffenarsenale ist eine solche Logik extrem riskant.

Dagegen lautet die Formel des friedlichen Zusammenlebens im 21. Jahrhundert:

Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten und aufbauen, Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.

1 Harald Müller: Begriff, Theorien und Praxis des Friedens, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, 209-250, S. 219.

2 Vgl. dazu Sabine Jaberg: Sicherheitslogik. Eine historisch-genetische Analyse und mögliche Konsequenzen, in: W&F Dossier 75, 2014 (Beilage zu Wissenschaft & Frieden 2/2014), 8-11.

3 vgl. dazu: Ulrich Böckeling, DER SPIEGEL 18/25; Julia Zeh u.a. in DIE ZEIT, 30.4.25

...Deutschland und Europa “wiederbewaffnet” werden müssen, da die USA uns nicht schützen werden?

Unbestritten ist: wenn man sich militärisch verteidigen können will, muss man dafür die entsprechenden Waffen anschaffen. Unbestritten ist auch, dass Fehlendes kompensiert werden muss, wenn der mächtigste Staat aus dem Verteidigungsbündnis faktisch aussteigt. Mit dem Begriff der „Wiederbewaffnung“ geht zugleich aber auch einher, dass da jahrelang etwas versäumt wurde und die Bundeswehr „blank“ sei, wie seit Jahren diagnostiziert wird. Ein Blick auf die Rüstungsausgaben Deutschlands zeigt, dass seit 2007 jährlich ca. 40 Mrd. € und mehr für Verteidigung ausgegeben wurden. Was – so muss man fragen dürfen - wurde denn mit den 736,6 Mrd.€ gemacht, die bis 2022 zur Verfügung standen? Und wie kann es sein, dass Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine möglich waren, wenn da nichts gewesen wäre?

Doch eine „Wiederbewaffnung“ bzw. Aufrüstung steht immer auch in Relation zum angenommenen Gegner, und so wirft ein Blick auf die Militärhaushalte der USA, der europäischen NATO-Staaten sowie Russlands eher die Frage auf, ob die nun schon seit Jahren laufende Aufrüstung eigentlich gerechtfertigt ist. Zur Erinnerung: seit 2001 sind die Militärausgaben Deutschlands von 28,1 Mrd. € auf 88,5 Mrd. € im Jahr 2024 gestiegen. Die neuesten Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI¹ geben eine Steigerungsrate von 89 % seit 2015 an, nach Russland mit 100% die zweithöchste Steigerungsrate für diesen 10 Jahres-Zeitraum. Die NATO gibt insgesamt seit vielen Jahren sehr viel mehr für Militär und Rüstung aus als Russland. So zeigt sich laut SIPRI für 2024 eine deutliche Überlegenheit der NATO, ja selbst der Europa-NATO, ohne die USA:

NATO-Ausgaben 2024 insgesamt: 1506 Mrd. US\$ (55% der weltweiten Ausgaben), eine Steigerung um 8,9 % gegenüber 2023 und um 31% im Vergleich zu 2015.

Europa-NATO 2024: 454 Mrd. US\$ (16% der weltweiten Ausgaben)

Russland 2024: 149 Mrd. US\$ (5,5% der weltweiten Ausgaben), eine Steigerung um 38% gegenüber 2023 und um 100% im Vergleich zu 2015.

Klar ist, dass die Kosten in Russland für Soldatengehälter und die Waffenproduktion niedriger sind. Doch stellt man auch dies in Rechnung, so entsprechen die 149 Mrd. US\$ kaufkraftbereinigt etwa 300 Mrd.US\$, also immer noch ein Drittel weniger als allein die Europa-NATO-Ausgaben und immer noch nur ein 20 Prozent der gesamten NATO-Ausgaben.

Die Frage drängt sich deshalb auf, ob und warum es wirklich nötig war, in Deutschland ein 100 Mrd.€ Sondervermögen 2022 einzurichten und im März 2025 weitere, enorme Rüstungsausgaben auf Schuldenbasis in unbegrenzter Höhe zu ermöglichen. Zudem können künftig Staatsschulden für Militärausgaben von den Bestimmungen des Stabilitätspaktes der EU ausgenommen werden. Nach dem Plan der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen sollen so Rüstungsgelder in Höhe von 800 Mrd.€ mobilisiert werden. Ganz offen wird der Aufbau eines militärisch-industriellen Komplexes in Deutschland und in der EU geplant.

Stellt man dagegen die ökonomischen und fiskalischen Möglichkeiten Russlands für die nächsten Jahre, die die Grundlage weiterer Aufrüstung sind, so werden die Ungleichgewichte noch deutlicher. Obwohl Russland versuchte, die westlichen Sanktionen abzufedern sanken die Exporte fossiler Brennstoffe auf etwa die Hälfte des Vorkriegsniveaus, die Öleinnahmen gingen um rund 120 Mrd.€ zurück und Gazprom verzeichnete 2023 erstmals in seiner Firmengeschichte einen Verlust. Zur Finanzierung des Krieges musste Russland Kredite aufnehmen und verbrauchte 67% der liquiden Reserven des Nationalen Vermögensfonds. Ende 2024 waren davon nur noch 33,6 Mrd € übrig. Die Reserven könnten Ende 2026 völlig erschöpft sein. Zudem lag 2024 die Inflation bei zehn Prozent, weshalb der Leitzins auf 21 Prozent angehoben wurde.² Und zu beachten ist auch der „brain drain“, der seit Beginn des Krieges stattfindet: seit 2022 haben rund eine Million meist junge, gebildete und wohlhabende Russen das Land verlassen, was für die künftige Entwicklung des Landes weitreichende Folgen hat, zumal dies durch eine Zuwanderung nicht kompensiert werden kann. Und schließlich ist zu berücksichtigen, dass 2024 das BIP Russlands (2.161 Mrd. US\$) in etwa dem Brasiliens (2.171 Mrd.US\$) entspricht, über die Hälfte weniger als das von Deutschland (4.658 Mrd. US\$) und um ein fast achtfach Geringeres als das der sechs wirtschaftlich stärksten Europa-NATO-Staaten (16.785 Mrd.US\$).

Aber auch im Hinblick auf die Waffenpotenziale von USA, Europa-NATO und Russland besteht ein Ungleichgewicht und untermauert die schon seit Jahren bestehende deutliche Überlegenheit der NATO-Staaten gegenüber Russland.³

	EU	USA	Russland
BIP (2023 in Bio US\$)	16,96	27,72	2,00
Einwohner (2024 in Mio)	449,2	333,3	143,8
Truppen (2023 in Mio)	1,91 (Euro NATO)	1,41 (davon 0,1 in Europa)	1,32 (0,54 westl. Ural)
Kampfpanzer	6.297	2.640	2.000
Gepanzerte Fahrzeuge	28.822	15.667	11.020
Artillerie	15.399	6.463	5.399
Kampfhubschrauber	421	880	348
Hauptkriegsschiffe	140	122	33
U-Boote	73	60	33
Kampfflugzeuge	2.073	3.244	1.029
Strategische Bomber	0	140	129
Militärausgaben 2024 (Mrd US \$, lt. SIPRI)	454	997	149

Aber werfen wir noch einen Blick auf die Annahmen, die hinter dieser Frage stehen. Unhinterfragt wird darin ein Zusammenhang zwischen Wiederbewaffnung und dem Schutz Deutschlands und Europas behauptet. Das heißt, es wird davon ausgegangen, dass Abschreckung und Verteidigung mit militärischen Mitteln gegenüber Russland tatsächlich Schutz bewirken. Wie stünde es also im „Verteidigungsfall“ mit den Aussichten, Deutschland als demokratische und lebensfähige Dienstleistungs- und Industriegesellschaft zu erhalten? Alle NATO-Manöver der letzten Jahrzehnte zeigen jedoch, dass Deutschland unweigerlich Schauplatz eines – wenn auch auf Europa begrenzten – Atomkrieges sein wird.⁴ Schon 1970 hat eine Forschergruppe um Carl Friedrich von Weizsäcker festgestellt, dass die Bundesrepublik Deutschland weder konventionell

noch atomar zu verteidigen ist.⁵ Ein Blick auf die heutigen Kriegsschauplätze unterstreicht dramatisch, was allein bei einer konventionellen Kriegsführung von einem Land übrigbleibt.

Wenn Verteidigung nicht möglich ist, weil das, was geschützt werden soll, zerstört wird, dann bleibt nur Kriegsverhütung. Diese mit militärischen Mitteln zu bewirken heißt, einen Gegner abzuschrecken – aber wie glaubwürdig ist eine Abschreckung durch „Verteidigung“, wenn es die Selbstzerstörung des zu verteidigenden Landes zur Folge hat? Diese Frage stellt sich erst recht, wenn statt einer angeblich abschreckenden konventionellen „Verteidigung“ der Weg einer atomaren Abschreckung⁶, sei es durch die USA, Frankreich und Großbritannien, die EU als „Verteidigungsunion“ oder durch Deutschland selbst gewählt wird. Auch dann wird von Europa (und wegen des nuklearen Winters auch von vielen anderen Teilen der Welt) nicht viel übrigbleiben. Es wäre das Ende der Zivilisation, wie wir sie kennen. Militärgestützte Kriegsverhütung ist höchst riskant, stiftet Misstrauen und setzt eine Aufrüstungsspirale in Gang. Im (atomaren) Abschreckungspoker sind es allein die atomaren Befehlshaber bzw. Herrscher, die ihre Bevölkerungen gegenseitig als Geiseln nehmen und über Sein oder Nicht-Sein entscheiden – ein höchst beunruhigender und inakzeptabler Zustand. Im Zeitalter hochentwickelter, totaler Destruktionspotenziale ist es ein Gebot der Vernunft, Kriegsverhütung durch Diplomatie, aktive Konfliktbearbeitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung anzustreben.

Wer den Frieden will, muss Frieden schaffen durch Friedens- und Kooperationsverträge.

1 vgl. SIPRI fact sheet

<https://www.sipri.org/publications/2025/sipri-fact-sheets/trends-world-military-expenditure-2024>
aufgerufen am 02.05.2025

2 vgl. dazu: Lukas Theinert: Der Preis des Krieges, IPG vom 30.04.2025.

3 Quellen: Statista Militärausgaben Deutschlands von 1953 bis 2024,
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/183064/umfrage/militaerausgaben-von-deutschland/>
aufgerufen am 02.05.2025; SIPRI-Angaben

<https://www.sipri.org/publications/2025/sipri-fact-sheets/trends-world-military-expenditure-2024>
aufgerufen am 02.05.2025; Greenpeace: Wann ist genug genug? Ein Vergleich der militärischen Potenziale der NATO und Russlands, 2024, S.16. Die Studie beruft sich auf Military Balance 2024 des International Institute for Strategic Studies (IISS).

4 siehe dazu Jonas Tögel: Kriegsspiele, Neu-Isenburg 2025.

5 Carl Friedrich von Weizsäcker (Hrsg.): Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1971.

6 siehe dazu Olaf L. Müller: Atomkrieg. Eine Warnung, Stuttgart 2025.

...man ohne militärische Verteidigung wehrlos ist?

Pazifismus wird oft mit Wehrlosigkeit gleichgesetzt. Es geht jedoch nicht um ein passives Erdulden oder gar um Selbstaufgabe, sondern um aktive Gewaltfreiheit zur eigenen Verteidigung. Darunter versteht man Formen der sozialen Verteidigung, die es einer Besatzungsmacht erschweren, bzw. verunmöglichen, Herrschaft über eine Gesellschaft auszuüben. Dazu zählen verschiedene Formen kommunikativen Handelns, beispielsweise Verwirrung der Besatzer durch Desinformation, Störung der militärischen Kommunikation. Aber auch härtere Formen des Widerstandes sind möglich: Straßenblockaden, Sabotageakte an militärischen Geräten und Einrichtungen, Verweigerung der Kooperation bei gleichzeitiger Stärkung des Widerstandes im Untergrund.

Gleichwohl gilt es die Kommunikation mit dem Gegner zu suchen und die eigene Gewaltfreiheit glaubwürdig darzustellen. Auch im Krieg Russlands gegen die Ukraine kamen solche Aktionen zum Einsatz. Die Bevölkerung von Dörfern und Städten entlang der Marschroute der russischen Armee brachten den Konvoi zum Stoppen und verwickelten die Soldaten in Gespräche, in denen sie ihnen klarmachten, dass die Putin'sche Erzählung von der Befreiung der Ukraine von Faschisten nicht zutrifft. In einigen Orten haben lokale Behörden die Zusammenarbeit verweigert. Auch deshalb gelang der russischen Armee der Vormarsch nicht so einfach, teilweise wurden besetzte, unbeugsame Orte wieder geräumt.¹ In der Geschichte gibt es zahlreiche Beispiele von gewaltfreiem Widerstand: in Deutschland 1923 der Ruhrkampf² gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich und Belgien, Gandhis Unabhängigkeitsbewegung in Indien oder die Bürgerrechtsbewegung in Prag 1968 beim Einmarsch der sowjetischen Truppen.

Soziale Verteidigung setzt auf Einsicht und Empathie, auf eine Friedenslogik anstelle einer militärischen Logik.³ Das bedeutet, auch im Gegner den Menschen zu sehen, der beispielsweise auch eine Familie hat, die er auch geschützt wissen möchte. Es geht um die positive Ansprache mit dem Ziel, einen Perspektivwechsel herbeizuführen und dem Gegner die Möglichkeit zu geben, seine Sicht auf den Konflikt zu ändern. Klar ist, dass soziale Verteidigung nicht immer erfolgreich und auch nicht ungefährlich ist. Zahlreiche Untersuchungen kommen jedoch zu dem

Ergebnis, dass gewaltfreier Widerstand in vielen Konflikten erfolgreicher war als eine militärische Verteidigung.⁴ Zur Verteidigungsfähigkeit ist die Ausbildung der gesamten Bevölkerung in den Methoden der gewaltfreien sozialen Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat notwendig. Eine solchermaßen geschulte Gesellschaft wäre auch resistent gegenüber Bedrohungen von innen. Gewaltfreie, soziale Verteidigung ist keine Garantie auf Gewaltfreiheit des Konfliktes. Aber ein Beitrag, die Gewaltspirale zu stoppen und den Konflikt zu deeskalieren. Auch mit den Methoden der sozialen Verteidigung kann es Verletzte und Tote geben. Diese stehen aber in keinem Verhältnis zum Sterben auf den militärischen Schlachtfeldern. Außerdem werden Zerstörungen an Infrastruktur und Natur, an Wohnungen und Versorgungseinrichtungen geschont und damit der friedliche Wiederaufbau erheblich erleichtert.⁵

Aktive Gewaltfreiheit lässt sich vielfältig begründen. Artikel 1 des Grundgesetzes, der alle anderen Artikel überragt, bestimmt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Würde hat demnach nicht nur der deutsche Mensch, sondern alle Menschen. Für Christ:innen sind Nächstenliebe und das Prinzip der Gewaltfreiheit eigentlich gesetzt. Gewaltfreies Handeln wird in der Bergpredigt wunderbar dargestellt: *„Wenn einer dich zwingt, eine Meile mit ihm zu gehen, dann gehe zwei mit ihm“*. Hier wird Bezug genommen auf das Recht der römischen Besatzungsmacht, israelische Bürger zu zwingen, eine Meile ihr Gepäck zu tragen. Juristisch korrekt, wie die Römer waren, war dies wirklich nur für eine Meile zulässig. Geht jemand freiwillig eine weitere Meile mit, handelt er aus freien Stücken und ist damit nicht mehr Knecht, sondern Subjekt seines Handelns. Ohne Knecht kann der Herr nicht Herr sein. Unterdrücker und Unterdrückter begegnen sich auf Augenhöhe. Mehr noch: der Unterdrücker, dem nur eine erzwungene Meile gestattet ist, wird ins Unrecht gesetzt. Dadurch wird aber das Unrecht der ganzen Bestimmung sichtbar.

Ebenso verhält es sich mit dem Hinweis *„Wenn Dich einer auf die rechte Wange schlägt, so halte ihm auch die linke hin“*. Im Altertum war es üblich, Untergebene (z.B. Sklaven) mit der Rückseite der rechten Hand auf die rechte Wange zu schlagen. Damit wurde nicht nur Gewalt ausgeübt, vielmehr war es auch eine Geste der größten Verachtung. Eine Berührung der linken Wange des Gegenübers mit der Innenseite der Hand wurde dagegen mit Zärtlichkeit assoziiert. Es ist also

eine paradoxe Intervention, wenn der Geschlagene die linke Wange hinhält. Auch hier wird er zur handelnden Person, die die Situation in ihr Gegenteil verkehrt und so die Täter-Opfer-Konstellation auflöst. Bedauerlich ist, dass diese Szenen und Handlungsweisen häufig zitiert werden, um christlich-pazifistische Dummheit zu markieren, statt die hintergründigen Erklärungen zu würdigen.

1 Daza, F., Gewaltfreier ziviler Widerstand in der Ukraine im Angesicht des Krieges: Analyse der Trends, Auswirkungen und Herausforderungen gewaltfreier Aktionen in der Ukraine zwischen Februar und Juni 2022. ICIP & Novact, Barcelona, 2022.

2 Barbara Müller: Kämpferische Demokratie. Militärische Besetzung und gewaltlose Befreiung des Ruhrgebietes 1923-1925, 2025.

3 Zum Thema Friedenslogik vgl. Hanne-Margret Birckenbach, Friedenslogik verstehen-Frieden hat man nicht, Frieden muss man machen, Frankfurt, 2023.

4 Erica Chenoweth, Maria J. Stephan, Warum ziviler Widerstand funktioniert - Die strategische Logik gewaltloser Konfliktbearbeitung, Nomos, 2024.

5 Ein Konzept einer zivilen gewaltfreien Verteidigung entwickelt u.a. die Initiative „Sicherheit neu denken“. (sicherheitneudenken.de)